

# Zwölf Nullen

Ein Professor warnt vor Billionen-Ausgaben für Beamtenpensionen und geißelt die heimlichen Staatsschulden

Von Thomas Öchsner

**Berlin** - Es geht um eine Zahl mit zwölf Nullen. Mehr als eine Billion Euro müssen Bund und Länder in den nächsten Jahrzehnten für die Pensionen und die Gesundheitskosten ihrer Beamten ausgeben. Genau genommen sind es sogar 1,36 Billionen. Die Zahl kommt von einem blondgelockten Professor, der an diesem Mittwoch in Berlin sehr viel und schnell redet - und trotz der beunruhigenden Zahlen offenbar sehr gute Laune hat.

Er heißt Bernd Raffelhüschen, lehrt an der Uni Freiburg, ist Chef des Forschungszentrums Generationenverträge und hat eine Studie für den Bund der Steuerzahler erstellt. Und danach sind die meisten Länder, wären sie Unternehmen, ein Fall fürs Insolvenzgericht. „Sie müssen nicht nach Griechenland gehen, um Griechenland zu treffen. Griechenland ist hier“, ruft der Professor.

Um darauf zu kommen, muss man ein bisschen rechnen. Raffelhüschen rechnet so: In Deutschland gab es 2009 rund 1,38 Millionen Beamte. Diese Staatsdiener und ihre Hinterbliebenen erhalten Pensionen und die Beihilfe bei Ausgaben für die Gesundheit. Dafür hätten Bund und Länder Rücklagen bilden müssen. Das tun sie aber erst seit einiger Zeit - und nur für die neuen Beamten, nicht für jene, die schon länger dem Staat dienen. Der Professor spricht deshalb von

„schwebenden Versorgungsverpflichtungen“. Der Barwert dieser „heimlichen Schulden des Staates“, so Raffelhüschen, summiere sich bis 2050 auf 1,36 Billionen Euro. Den größten Batzen machen die Pensionen aus - 870 Milliarden.

Der Professor führt dies auf Fehler der Vergangenheit zurück. Zwischen 1972 bis 1982 hätten Bund und Länder viele Beamte eingestellt, weil die zunächst billiger sind als Angestellte. Schließlich fallen keine Sozialabgaben an. Diese Einstellungspraxis habe jedoch einen „Echo-Effekt“: Ausgerechnet 2021, wenn die Schuldenbremse in den Ländern zu greifen begonnen hat, „müssen sie doppelt so viele Pensionäre finanzieren“, sagt Raffelhüschen. Wie die Länder diese Zahl last bewältigen wollen, ist unklar. Die Bundesregierung schreibt in ihrem Versorgungsbericht: „Entscheidend für die Tragfähigkeit des Versorgungssystems ist das Verhältnis der Ausgaben zum Bruttoinlandsprodukt und den Steuereinnahmen.“ Soll heißen: Der Staat baut auch darauf, dass die Steuereinnahmen steigen, um den Finanzbedarf zu decken.

Der Professor fordert dagegen Reformen, etwa die Pension mit 67 bereits von 2019 an - und nicht erst zehn Jahre später. Dann räumt er sogleich ein, dass damit das Problem nicht gelöst sei. Die Länder, sagt er, „werden die Schuldenbremse nicht einhalten können“. Seine letzte Erkenntnis: „Das wird ein Spaß.“